

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 08.11.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Lothar Dieringer	parteilos	17:00 - 19:00
Herr Frank Sänger	CDU	17:00 - 19:00
Herr Michael Sprung	CDU	17:00 - 19:00
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	17:00 - 19:00
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	17:00 - 19:00
Herr Thomas Felke	SPD	17:00 - 19:00
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	17:00 - 19:00
Frau Martina Wildgrube	FDP	17:00 - 19:00
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	17:00 - 19:00
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17:00 - 19:00
Herr Ingo Kautz	SKE	17:00 - 18:52
Frau Undine Klein	SKE	17:00 - 18:52
Herr Rainer Köhne	SKE	17:00 - 19:00
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE	17:00 - 19:00

Entschuldigt fehlen:

Herr Uwe Heft	parteilos
Frau Claudia Cappeller	SKE
Herr Christian Feigl	SKE
Herr Dieter Lehmann	SKE
Herr Dieter Schika	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Ergebnis der Bürgerbeteiligung zur Umgestaltung des Marktplatzes
Vorlage: V/2011/10046
5. HES, 4. Abschnitt
 - 5.1. HES, 4. Abschnitt, Information zu Fragen und Anregungen
Vorlage: V/2011/10091
 - 5.2. Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Abschnitt, Information zu Fragen und Anregungen zum Baugrund, zur Hydrogeologie sowie zu den Gesamtkosten
Vorlage: V/2011/10168
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Bebauungsplan Nr. 90 "Halle-Neustadt, Magistrale - 1. Änderung" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: V/2011/10041
 - 6.2. Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV- Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2012 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2011/10112
 - 6.3. Stadtbahnprogramm Halle ´25 Vorlagen- und Beschlusswesen
Vorlage: V/2011/10136
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Gestaltung des Marktplatzes
Vorlage: V/2011/09695
 - 7.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „Schlachthofviertel“
Vorlage: V/2011/10009
 - 7.3. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges auf dem Joliot-Curie-Platz
Vorlage: V/2011/10076
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen

- 9.1. Mitteilung über die Arbeit des Quartiermanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Januar bis September 2011
Vorlage: V/2011/10108
- 9.2. Mündliche Information zu den Baumaßnahmen Otto-Stomps-Straße und Fiete-Schulze-Straße
- 9.3. Mündliche Information zur Bautätigkeit auf dem Gelände der ehemaligen Landesheilanstalt
- 9.4. Mitteilungen aus dem Dezernat II
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sängler eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

TOP 7.1 wird zusammen mit TOP 4 behandelt;
TOP 7.3 wird abgesetzt und in einem späteren Ausschuss auf die Tagesordnung gesetzt;
Die Dringlichkeitsvorlage Stadtbahnprogramm Vorlage und Beschlusswesen wird als TOP 6.3 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Das Protokoll vom 13.09.11 kann erst im Dezember abgestimmt werden, da die Niederschrift nicht vollständig vorlag.

Über das Protokoll vom 11.10.2011 wurde abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Ergebnis der Bürgerbeteiligung zur Umgestaltung des Marktplatzes Vorlage: V/2011/10046

TOP 4 und 7.1 wird zusammen behandelt und abgestimmt.

Herr Stäglin erläuterte die Problematik zur Umgestaltung des Marktplatzes und begründete warum die Verwaltung den Antrag ablehnt.

Frau Wildgrube sagte, die FDP-Fraktion will den Antrag aufrecht erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 1

Nein-Stimmen 6

Enthaltungen 2

mehrheitlich abgelehnt

zu 5 HES, 4. Abschnitt

zu 5.1 HES, 4. Abschnitt, Information zu Fragen und Anregungen Vorlage: V/2011/10091

TOP 5.1 und 5.2 wurden zusammen behandelt.

zu 5.2 **Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Abschnitt, Information zu Fragen und Anregungen zum Baugrund, zur Hydrogeologie sowie zu den Gesamtkosten** Vorlage: V/2011/10168

Herr Sänger informierte über den Workshop und erklärte, dass die dort gewonnen Erkenntnisse eine Basis bilden für die Erörterung der anstehenden Beschlüsse zur HES, welche im Dezember behandelt werden sollen.

Herr Stäglin präzisierte dies; die Aufarbeitungen fließen in die Vorlagen Grundsatzbeschluss und Baubeschluss mit ein; ggf. zu vertiefende Einzelpunkte werden parallel den Stadträten zur Kenntnis gebracht.

Herr Sommer würdigte die Qualität der mittlerweile von der Verwaltung hereingereichten Informationsvorlagen. Er fragte nach einer Gegenüberstellung der Baukosten nach Varianten und gab bei alledem zu bedenken, dass angesichts des vorgeblich erhöhten Flächenbedarfs der Brückenvariante sowie deren nachteiliger Prägung des Landschaftsbildes diese Aspekte in der Variantenabwägung zu beachten seien. Herr Stäglin verwies auf die den Ausschussmitgliedern mittlerweile vorliegenden beiden Informationsvorlagen, wo die Kosten beider Varianten ausgearbeitet und gegenüber gestellt wurden; im Übrigen wäre im halleschen Osten auch aufgrund der Vorprägung durch Bahnanlagen und vergleichbare Bauwerke die städtebauliche Eingliederung der Brückenvariante vertretbar.

Herr Dieringer fragte, warum die westliche Einfahrt in die Unterführung länger wäre als die rechte Einfahrt.

Herr Wagner stellt die Gefällesituation an den Unterführungen, insbesondere an der B 100, dar, wodurch keine andere Linienführung möglich wäre.

Herr Dr. Köck fragte, wie die Ablöse an die Bahn AG in Höhe von 5 Mio.Euro zu zahlen wäre und wie dies kalkuliert ist.

Herr Wagner antwortete, dass es Kreuzungsvereinbarungen und dem vorangestellt Kalkulationen von anderen Kreuzungsanlagen gäbe, die zum Vergleich herangezogen würden. Genannt wurde das Bauwerk 5 – Unterführung der HES unter die DB-Strecke Halle-Leipzig parallel zur B 6 innerorts.

Herr Dr. Köck führte aus, dass bei Kreuzungsmaßnahmen vorher zur Kostenaufteilung Klarheit herrschen sollte. Ist dem so und werden insbesondere die Kreuzungskosten gedrittelt?

Herr Wagner erläuterte, dass nach Eisenbahnkreuzungsrecht eine Kostenaufteilung bzw. Drittelung allenfalls bei einem beidseitigen Verlangen in Betracht käme. Bei der HES 4. Bauabschnitt wäre die Stadt der alleinige Veranlasser und demzufolge kostenpflichtig. Mit Abschluss der Genehmigungsplanung/Planfeststellung würden – wie allgemein üblich – die Kreuzungsvereinbarungen mit der DB endzuverhandeln sein.

Herr Stäglich erläuterte hierzu, dass die Stadt die kreuzungsbedingten Kosten zu tragen habe. Diese wären gemäß der Kostenübersicht bei der Überführungslösung HES weit geringer als bei der Troglösung.

Herr Felke legte dar, dass das jetzt vorgelegte Abwägungsmaterial neben dem hydrogeologischen Gutachten die bisherigen Vorlagen der Stadtverwaltung grundsätzlich bestätige. Er fragte nach, ob es Möglichkeiten gäbe, für etwaige Lärmschutzmaßnahmen Fördermittel zu erhalten und er fragte nach dem weiteren Planungs- und Bauablauf.

Herr Stäglich sagte, dass im Rahmen der Fördermittelbeantragung versucht werde, die zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen gefördert zu erhalten angesichts der Tatsache, dass sie nach der gesetzlichen Mindestvorschrift der 16. Bundesimmisionsschutzverordnung nicht zwingend sind. Auf diese Aspekte wurde im Grundsatzbeschluss und im Baubeschluss eingegangen.

Herr Wagner erklärte, dass allenfalls bei einem optimalen Planungs- und Bauvorlauf ohne jedwede Hemmnisse ein mögliches Bauende auf Ende 2014/Anfang 2015 kalkuliert wurde. Eine Unwägbarkeit bei alledem wäre es, dass im Rahmen der weiteren Planungsabstimmungen mit der DB AG alle gebotenen Sperrpausen auch reibungslos bestätigt werden.

Herr Dr. Köck bemerkte, dass die Stadt bei diesem Vorhaben sowohl Vorhabenträger wie auch Planfeststellungsbehörde wäre, dies wäre freilich nach den Landesgesetzhkeiten so vorgesehen. Er ist der Meinung, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Planungsverfahren erforderlich wäre und dass die durchgeführte standortbezogene Vorprüfung gemäß Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt nicht ausreichte.

Herr Wagner erwiderte, dass diese Prüfung unter Beteiligung aller relevanten Behörden erfolgt sei und dass schriftlich bestätigt wurde, dass sämtliche durchgeführten Prüfungen korrekt erfolgt seien.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **Bebauungsplan Nr. 90 "Halle-Neustadt, Magistrale - 1. Änderung" - Aufstellungsbeschluss** **Vorlage: V/2011/10041**

Herr Menn fragte ob die Fläche beim Autohaus, die in Anspruch genommen werden soll, der vorhandene Parkplatz ist.

Herr Wendler antwortete, dass der Park and Ride Parkplatz ein Entwidmungsverfahren durchläuft.

Frau Schlüter Gerboth fragte, ob der Park and Ride Platz bei Verlagerung die gleiche Größe behält; jetzt besteht die Möglichkeit diesen gleich richtig und größer zu bauen.

Herr Möbius antwortete, dass die Stellplätze die gleiche Kapazität haben werden und man abwartet wie sich der Park and Ride Platz entwickelt. Bisher wurde er schlecht angenommen, da der Standort nicht ideal ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 90 „Halle-Neustadt, Magistrale“ zu ändern (1. Änderung).

2. Der Geltungsbereich umfasst die in den Anlagen 1 und 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 1,2 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

**zu 6.2 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8, § 9 ÖPNV- Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2012 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2011/10112**

Herr Felke fragte, ob die Förderung für den Betriebshof Rosengarten nicht bald auslaufen sollte.

Herr Roesler erklärte, dass der Zuschuss 2015 ausläuft.

Herr Dr. Köck fragte nach einem Vergleich. Gibt es zu den letzten Jahren Unterschiede.

Herr Roesler erklärte, dass es eine Schwankung zwischen 6,2 Mio und 6,6 Mio gibt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 und § 9 des ÖPNV-Gesetzes des Landes und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund.

**Stadtbahnprogramm Halle `25 Vorlagen- und Beschlusswesen
zu 6.3 Vorlage: V/2011/10136**

Herr Stäglich stellte den Stand zum Vorlage- und Beschlusswesen des Stadtbahnprogramms `25 anhand der Anlagen vor.

Es soll im 1. Halbjahr ein Stufenbeschluss für die 1. Stufe des Programms gefasst werden. Für jede einzelne Maßnahme wird es einen Gestaltungsbeschluss geben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Das in der Anlage 1 zur Begründung der Vorlage dargestellte Vorlagen- und Beschlusswesen wird bestätigt.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Gestaltung des Marktplatzes** **Vorlage: V/2011/09695**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 1
Nein-Stimmen 6
Enthaltungen 2

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin das Umfeld des Händeldenkmals auf dem halleschen Marktplatz neu zu gestalten durch:

1. eine Installation von Scheinwerfern, die bei Dunkelheit das Händeldenkmal möglichst von schräg unten anstrahlen und
2. eine Begrünung des unmittelbaren Umfeldes einschließlich der untersten Stufe des Händeldenkmals durch eine dauerhafte Bepflanzung.

Auf eine Umzäunung des Denkmals ist zu verzichten.

zu 7.2 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan „Schlachthofviertel“** **Vorlage: V/2011/10009**

Frau Klein erläuterte den Antrag und insbesondere die Anlagen. Die Antwort der Verwaltung enthalte Formfehler, da sie sich nicht mit dem Gebiet beschäftige und sei zu kurz. Das Schlachthofviertel sollte zum Eingang der Stadt werden und der Schlachthof müsse als ein Denkmal mit in die Betrachtung einbezogen werden.

Frau Klein beantragt die Entscheidung zu verschieben; eine Einschätzung des Gebietes sollte nachgereicht werden; der Stand zur Gebietsentwicklung sollte vorher schriftlich übergeben werden.

Herr Stäglich sagte, dass die Verwaltung gerade auf diesen Themenkomplex heute inhaltlich ausführlich eingehen wird und eine Präsentation vorbereitet habe und dass er in der Stellungnahme der Verwaltung keinen Formfehler sieht.

Herr Wendler führte die Präsentation vor und ging auf die einzelnen inhaltlichen Punkte der Stellungnahme ein.

Frau Klein wand ein, dass mehrere Lärmschutzgutachten 40 bis 60 dB aufweisen und somit mischgebietstypische Lärmwerte erreicht werden. Eine vorausschauende Bauleitplanung müsse darauf reagieren.

Herr Stäglich wies den Vorwurf, die Verwaltung würde nicht vorausschauend planen zurück. Die Präsentation habe deutlich gemacht, dass die Verwaltung die Entwicklung des Gebietes ernsthaft betrachte, eine vorausschauende Planung erfordere aber auch eine gesamtstädtische Betrachtungsweise und die sei im Rahmen der Fortschreibung des ISEK gegeben.

Wenn die Verwaltung den Vorschlag der FDP mitnimmt, das Gebiet noch einmal intensiver zu betrachten, dann muss auch die FDP den Vorschlag der Verwaltung mitnehmen und sich mit den in der Präsentation dargestellten Ergebnissen auseinandersetzen. Die Verwaltung wird die Präsentation an alle Fraktionen verteilen.

Herr Dr. Köck fragte **Frau Klein**, ob es neue Erkenntnisse über die Entwicklung von Interessenten gibt. Eine Aufstellung wäre doch noch kein B-Plan, man hätte mindestens 2 Jahre Zeit zum planen.

Frau Klein wollte darauf nicht antworten. Als berufener Bürger schöpft sie aus den Erfahrungen anderer Städte z.B. Stuttgart 21, die zu Schaden gekommen sind.

Herr Sängler schlug der FDP Fraktion vor später einen neuen Antrag zu stellen.

Herr Dieringer regte an, die Planungsziele von Punkt 3 der Vorlage noch einmal zu prüfen.

Frau Klein meinte, das Gebiet sollte ausdifferenziert und die Flächennutzung auf Veränderung geprüft werden.

Herr Sieber fragte, nach der flächenmäßigen Bedeutung des Gebiets für Betriebserweiterungen. Der Schlachthof stellt im Verhältnis zu anderen Gebieten in Halle Ost ein kleines Gewerbegebiet dar.

Herr Stäglich erläuterte, dass die Verwaltung eine ausdifferenzierte Gebietseinteilung vorgestellt hat. Bereits der Flächennutzungsplan sieht diese vor. Sofern die Anfrage auf konkrete Einzelprojekte abzielt, sollten diese benannt werden.

Abstimmungsergebnis:

beraten

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt für das Gebiet „Schlachthofviertel“ gemäß § 2 Abs. 1 BauGB einen Bebauungsplan aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst das Gebiet zwischen Güterbahnhof / Bereich DB AG bis Freimfelder Straße und von Delitzscher Straße(L165) bis Berliner Straße.
3. Der Geltungsbereich ist in Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellt.
4. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

zu 7.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges auf dem Joliot-Curie-Platz Vorlage: V/2011/10076

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) errichtet einen Fußgängerüberweg auf dem Joliot-Curie-Platz in Höhe MarthasträÙe.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 9 **Mitteilungen**

zu 9.1 **Mitteilung über die Arbeit des Quartiermanagements in Halle-Neustadt über den Zeitraum Januar bis September 2011** **Vorlage: V/2011/10108**

Herr Dr. Köck fragte, warum der Bericht nicht jährlich, sondern nach 9 Monaten gegeben wird.

Frau Kirsch erklärte, dass der Bericht halbjährlich gegeben wird man sich für einen Termin nach der Sommerpause entschieden hat, um jetzt zum Jahresende die Ausschüsse auch über die Tätigkeiten während der Sommerpause zu informieren und man sich daher auf diesen Zeitpunkt geeinigt hat.

Herr Sieber schlug vor, dass man beim nächsten Bericht 2012 einen Bezug auf den Stand von 2011 zu 2010 nimmt.

zu 9.2 **Mündliche Information zu den Baumaßnahmen Otto-Stomps-Straße und Fiete-Schulze-Straße**

Herr Stäglin teilte mit, dass ein Baumschutzgutachter die Standfestigkeit der Bäume in der östlichen Otto-Stomps-Straße geprüft habe. Es wurde von diesem festgestellt, dass die Baumwurzeln nicht in die Tiefe reichten, sondern überwiegend nur flach gewachsen sind. Angesichts des anstehenden grundhaften Ausbaus der gesamten Verkehrsfläche sind mit Sicherheit solche Schädigungen an den Bäumen zu erwarten, dass diese nicht zu halten sind.

Für die Bäume an der Westseite der Otto-Stomps-Straße ist das Gutachten noch nicht abgeschlossen. Der Gutachter schätzt die Situation auf dieser Straßenseite aber als vergleichbar ein.

Leider hat sich die ökologische Bauüberwachung in der gewählten Form nicht bewährt. Man prüft derzeit neben dem weiterhin laufenden Bußgeldverfahren gegenüber den Schädigern, ob die Involvierten, insbesondere das Bauunternehmen, weiter in Regress genommen werden kann.

Herr Heinz ergänzte, dass die ursprünglichen Baumpflanzungen nicht fachgerecht ausgeführt worden waren, dass der Wurzelbereich nicht genügend ausgehoben wurde und dass sich deshalb die ungünstige Wurzelentwicklung im obigen Sinne ergab. In einer Gesamtabwägung kam das Baumgutachten zur Empfehlung, die Bäume der östlichen Stomps-Straße zu fällen, die Baumstandorte jetzt fachgerecht auszubilden und neu zu bepflanzen.

Herr Dr. Köck wies auf schwerwiegende Fehler in der Projektierungsphase hin. Es hätte eine öffentlichen Vorberatung und begleitende Gespräche mit den Bürgern erfolgen müssen.

Herr Sänger schloss sich dieser Meinung an und forderte die Stadtverwaltung auf, bei künftigen Projektierungen umfangreichere Voruntersuchungen durchzuführen.

zu 9.3 **Mündliche Information zur Bautätigkeit auf dem Gelände der ehemaligen Landesheilanstalt**

Frau Grimmer informierte über die Baumaßnahmen an der ehemaligen Landesheilanstalt und stellte diese einzeln vor.

zu 9.4 **Mitteilungen aus dem Dezernat II**

Herr Stäglin berichtete über: - das Projekt Papiermühle,
- Ausschreibung der Amtsleiterstelle,
- B-Plan 75.1 SB Warenhaus, hier müssen unterschiedliche Voten abgeklärt werden,
- Städtebauförderung Fördermittelbescheide; durch das Landesverwaltungsamt wurden nur Fördermittel bewilligt, bei denen die Stadt keine Eigenmittel aufbringen muss (z. B. Sicherungsmittel) b.z.w Dritten den Eigenmittelanteil aufbringen.

Herr Felke fragte, warum der Mittelabruf so spät kurz vor Jahresende gemacht wird.

Herr Stäglin antwortete, dass das Kernthema der Beschluss zum Haushalt ist. Gründe für den späten Mittelabruf sind u.a. späte Bewilligungen und die unterschiedlichen Freigaben zu bekommen.

zu 10 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Herr Menn fragte nach dem Stand von dem Supermarkt in Dölau in der Alfred-Oelßner-Straße.

Herr Wendler sagte, dass im Rahmen der Abwägung mehrere Gutachten erstellt werden mussten, die auch zu einer veränderten bauliche Lösung in Bezug auf den Schutz vor Immissionen geführt haben. Der Investor prüft, ob diese bauliche Lösung mit den Anforderungen des Betreibers im Einklang steht. Es gibt voraussichtlich eine erneute öffentliche Auslegung.

Anregungen

zu 11

Herr Menn fragte, ob die Möglichkeit einer Veröffentlichung über Personen und Themen des Gestaltungsbeirates besteht.

Herr Sänger meinte, dies könne über die Fraktionen laufen.

Herr Menn meinte aber die allgemeine Öffentlichkeit.

Die Verwaltung nimmt dies mit.

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.12.2011

Andrea Schönberg
Protokollführerin

Frank Sänger
Ausschussvorsitzender

Uwe Stäglin
Beigeordneter